

Joachim Küchenhoff (Hg.)

Solidarität und
Selbstverwirklichung

REIHE »PSYCHE UND GESELLSCHAFT«
HERAUSGEGEBEN VON JOHANN AUGUST SCHÜLEIN
UND HANS-JÜRGEN WIRTH

Psychosozial-Verlag

Inhaltsverzeichnis

<i>Joachim Küchenhoff</i> Einleitung	7
<i>Emil Angehrn</i> Solidarität als Leitbegriff der Sozialphilosophie	13
<i>Albrecht Grözinger</i> Solidarität und Erinnerung. Gedanken zu einem theologischen Zusammenhang.....	32
<i>Balz Engler</i> „When a man takes a book into the corner he ... turns away from his friend“: Solidarität und Selbstverwirklichung in der Literatur	47
<i>Markus Daniel Zürcher</i> Transnationale Solidarität – Grundlage für ein soziales Europa.....	57
<i>Ueli Mäder</i> Solidarität ist keine Antithese zur persönlichen Freiheit	73
<i>Werner R. Müller</i> Vertrauen und Solidarität in Arbeitsorganisationen	83
<i>Klaus M. Leisinger</i> Entwicklungshilfe zwischen Solidarität und Subsidiarität.....	99
<i>Claus-Heinrich Daub</i> Konsumenten zwischen Nutzenkalkül und Selbstverwirklichung.....	120
<i>Kurt Eichenberger</i> Solidarität als modernes Gestaltungsproblem für Staat und Gesellschaft	140
<i>Bettina Bretzinger</i> „Frauen aller Länder vereinigt euch!“ Feministische Überlegungen zu Solidarität und Selbstverwirklichung	153

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

© 2001 Psychosozial-Verlag
Goethestr. 29, D-35390 Gießen,
Tel.: 0641/77819, Fax: 0641/77742
e-mail: info@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das des auszugsweisen Abdrucks
und das der photomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.

Umschlagabbildung: Michael Mathias Prechtl:
Heinrich Heine, Loreley & Liberté (Ausschnitt)
Umschlaggestaltung: Till Wirth nach Entwürfen
des Ateliers Warminski, Büdingen

ISBN 3-89806-054-3

Inhaltsverzeichnis

Dieter Bürgin
Solidarität und Selbstverwirklichung im Kindes- und Jugendalter..... 174

Urs Gerhard
Sozialpsychologische Beobachtungen zur Solidarität
zwischen Egoismus und Altruismus..... 186

Raymond Battegay
Die normative Gesellschaft und das menschliche Individuum:
Psychiatrische und psychotherapeutische Aspekte..... 209

Eva Krebs-Roubicek
Solidarität und Selbstverwirklichung im Alter – Ansporn oder Anspruch? 229

Joachim Küchenhoff
Die Anerkennung des Anderen als Solidarität und Selbstverwirklichung:
eine psychoanalytische Perspektive..... 241

Autorinnen und Autoren..... 256

Index..... 258

Solidarität ist keine Antithese zur persönlichen Freiheit

Ueli Mäder

Das „Zeit-Magazin“ (vom 12.4.1999) berichtet, wie ein Chauffeur kurz vor Ausbruch des Krieges eine Nachbarsfamilie vor der Rückschaffung nach Kosovo bewahrte. Er führte sie, ohne Honorar zu verlangen, von Deutschland nach England, wurde aber bei der Einreise ertappt. Die Familie durfte bleiben; er mußte. Ein Gericht verurteilte ihn wegen Fluchthilfe zu fünf Jahren Gefängnis. Er hat Solidarität geübt und büßt nun dafür mit seiner persönlichen Freiheit, die – das ist zu betonen – kein Gegensatz zur Solidarität ist. Er ist, wegen seiner Zivilcourage, schon über ein Jahr inhaftiert. Es müsse, begründet der Chauffeur sein Verhalten, so etwas wie Mitgefühl gewesen sein. Er habe gehandelt, ohne viel zu denken. Seine Frau ergänzt, es habe ihn stets beeindruckt, wie das fleißige Nachbarspaar viel gearbeitet und wenig verdient habe. Führt also die sinnliche Wahrnehmung von Ungerechtigkeit zu einer Solidarität, die weniger vernunfts- und moralgebunden ist? Und wie wirken sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf das zivile Engagement aus?

1. Solidarität

Die Solidarität hat verschiedene Wurzeln: eine republikanische (Patriotismus), eine sozialistische (Arbeiter/innen-Bewegung) und eine christliche (Sozialphilosophie), die von der Gleichheit vor Gott (Gerechtigkeit) ausgeht. Als günstige Voraussetzungen gelten erstens die soziale Ähnlichkeit bei dauerhaftem Zusammenleben, zweitens eine intensive gemeinsame

Werteorientierung und drittens extreme Bedrohungen, die aber – gerade unter individualistischen Voraussetzungen – auch unsolidarisches Verhalten fördern können. Soziale Theorien gehen recht unterschiedlich darauf ein, wie die Gesellschaft als Verbundenheit von Lebewesen den Rahmen für individuelle Orientierungen abgibt. Georg Simmel (1858-1918) sieht die Gesellschaft als eine Wechselwirkung zwischen den Individuen. Während die Abhängigkeit voneinander zunimmt, schwindet die eigentliche Zugehörigkeit. Bei Max Weber (1864-1920) impliziert das soziale Handeln den subjektiv gemeinten Sinn. Emile Durkheim (1858-1917) betont das kollektive Bewußtsein. Er unterscheidet zwei Formen der Solidarität. Bei der mechanischen kommt die Integration durch gemeinsame Anschauung zustande; bei der organischen sind vertragliche Regelungen maßgebend. Ferdinand Tönnies (1855-1936) betrachtet die Gemeinschaft als ursprünglich natürlichen Zustand des Blutes, des Ortes (Nachbarschaft) und des Geistes (Freundschaft). Die historische Entwicklung führe unumkehrbar zur Gesellschaft, die durch Organisation, Institution, Betrieb, Stadt und Staat gekennzeichnet ist.

Kommunitaristische Ansätze hoffen heute auf eine Renaissance der Gemeinschaft. Sie reagieren auf liberale Theorien der Gerechtigkeit und kritisieren, daß die moderne Gesellschaft die individuellen Rechte betone und die Pflichten vernachlässige. So will Amitai Etzioni (1995) – moralisch verpflichtend – die zwischenmenschliche Verantwortung stärken. Ulrich Beck (1997) hält diese bürgerliche Tugend ebenfalls hoch. Er sieht besondere Chancen im verbreiteten Krisenbewußtsein, das die Bereitschaft zum Handeln fördere. Damit leben alte Verelendungstheorien auf: Sie nehmen an: Je schlechter es sozial Benachteiligten geht, desto mehr wehren sie sich. Unsere Untersuchungen über Armut (Mäder 1999) bestätigen eher das Gegenteil. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, hat Mühe, sich gezielt für eigene Interessen einzusetzen.

2. Zivilgesellschaft

Staatstheorien befassen sich seit geraumer Zeit mit einer „civil society“. Um die sozialen Strukturen und die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft

zu kennzeichnen, trat John Locke schon im 17. Jahrhundert für die Gewaltentrennung ein. Sein Gesellschaftsvertrag erklärt die gesellschaftliche Integration aus den Bedürfnissen der einzelnen, nicht aus allgemeinen Werten. Wer rational über sich selbst verfügen kann, gehört sich selbst und hat Anspruch auf private und öffentliche Freiheit. Soziale Bewegungen setzten sich nach 1968 vermehrt dafür ein, zivilgesellschaftliche Einrichtungen vor ordnungspolitischen Zugriffen zu schützen. Der allmähliche Rückzug des Staates und die Zentralisierung der Wirtschaft prägen die aktuelle Debatte. Die Reaktivierung des Zivilen soll, von der öffentlichen Hand unterstützt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Kommunitaristische Strömungen befassen sich mit der Frage, wie sich eine Zivilgesellschaft (wieder) herstellen läßt (Etzioni 1995, 3). Im Vordergrund stehen die Aktivitäten außerhalb der staatlichen Institutionen. Sie gehen – tugendorientiert – von Einzelpersonen, von Familien, Wohngemeinschaften, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften oder Religionsgemeinschaften aus. Nach Anthony Giddens (1997, 187) ist die Zivilgesellschaft aber keine bloße Einrichtung außerhalb des Staates, der nie Selbstzweck ist. Er umfaßt und unterstützt zahlreiche gesellschaftliche Institutionen. Er nimmt Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Zwar gilt die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat als Kennzeichen der Moderne. Unter den Bedingungen der Globalisierung und der Aufweichung politischer Grenzen gewinnt jedoch die Verknüpfung mit staatlichen Einrichtungen an Bedeutung. Wie sonst soll die Zivilgesellschaft ein Korrektiv zur zentralisierten Macht der Wirtschaft sein?

Ralf Dahrendorf (1998, 48) erwähnt das Unterlaufen und schliesslich den Zerfall der Sphären und Institutionen der Zivilgesellschaft als unabdingbare Folgen der Globalisierung. Die globale Zivilgesellschaft ist aber auch eine Realität (Gruppe von Lissabon 1996, 37). Sie entsteht nebst einer Mega-Infrastruktur für Produkte und Dienstleistungen. Rödel (1990, 7) begründet, weshalb die globale Zivilgesellschaft selbst im Interesse der Wirtschaft ist: Weil die Globalisierung und Liberalisierung zu einem reinen Effizienzdenken führen, braucht die Weltwirtschaft eine ethische Grundorientierung. Dazu gehört die Ausarbeitung einer neuen Konzeption von Geschichte und Politik. Hierfür ist die Vorstellung einer relativ autonomen, politisch verknüpften Zivilgesellschaft zentral. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch

einen offenen Charakter und radikal säkularisierte Grundlagen ihrer Politik aus. Sie kann auf keine vorgegebenen und gesicherten Gewißheiten zurückgreifen. Die Gesellschaft ist weder (potentiell) homogen, noch konfliktfrei, sondern von (strukturellen) Interessenkonflikten geprägt. Diese lassen sich nicht einfach aufheben. Sie manifestieren sich im Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen Macht und der Zivilgesellschaft. Die Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind wichtige Komponenten der postulierten „civil society“. Sie kommen in neuen Formen des gesellschaftlichen Protestes zum Vorschein, in divergenten und durch das Autonomiepostulat miteinander verbundenen sozialen Bewegungen. Das sind wichtige Praxisformen der gesellschaftlichen Selbsterzeugung.

3. Lokale und globale Ansätze

Lokale Projekte, Handlungs- und Verhaltensmuster, die sich auf das neue Paradigma der Globalität beziehen, müssen als Prinzip der Verantwortung systematisch anerkannt und weltweit unterstützt werden. Das fordert auch die Gruppe von Lissabon (1996, 170). Sie weist auf vielversprechende Ansätze hin: Die (globale) Zivilgesellschaft setzt sich aus Tausenden organisierter Gruppen und Institutionen zusammen, die sich für den Umweltschutz oder die Menschenrechte engagieren. Sie steht in einer langen Tradition der Gemeinnützigkeit und findet in den Vereinten Nationen eine Verbündete. Die Interdependenzen zwischen lokaler und globaler Ebene erlangen heute eine große Bedeutung. Sie erfordern ein neues Selbstverständnis, das sich auf beide Dimensionen bezieht. Ob und inwiefern Netzwerke von Informations- und Kommunikationssystemen, die ohne Zeitverzug operieren, auch die politische Partizipation fördern, wird kontrovers diskutiert.

Benjamin R. Barber (1996, 23) befürchtet, daß die zentralistisch ausgerichtete Technisierung der Welt und die scheinbar gegenläufige Zunahme ethnischer Fundamentalismen die weitere Demokratisierung gefährden. Er plädiert für regionale Föderationen, die sich auf der Grundlage von sozio-ökonomischen und kulturellen Einheiten formieren, was eine selektive Beanspruchung weltwirtschaftlicher Strukturen bedeutet. Elmar Altvater

(1995, 187) skizziert, wie die Minimalziele einer global verbindlichen Sozialcharta aussehen könnten. Er erwähnt die Überwindung der Armut, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote für alle, eine basisorientierte Gesundheitsversorgung sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Altvater hebt aber auch hervor, daß in der Tendenz zur Gegenmacht die Gefahr des Autoritarismus schlummert. Die Anpassung der politischen Macht an die Reichweite der weltwirtschaftlichen Beziehungen erfordert eine globale Staatlichkeit, die sich nur beschränkt von unten kontrollieren läßt. Allerdings handelt es sich hierbei um keinen Protektionismus der politisch Starken gegen die wirtschaftlich Schwachen. Das Ziel ist vielmehr, alle sozial Benachteiligten zu schützen. Nach Jahren neoliberaler Hegemonie sollen wieder die sozialen Beziehungsnetze stärker ins Blickfeld rücken.

Ulrich Beck (1997, 27) plädiert für einen weltbürgerlichen Republikanismus, der auf fünf Prinzipien beruht. Erstens auf der Bedeutung des Individuums, zweitens auf der Zentralität weltbürgerlicher Akteure und Identitäten, Netzwerke und Institutionen, drittens auf der neuen Wichtigkeit des Lokalen, viertens auf der Schlüsselbedeutung der Freiheit und fünftens auf tiefgreifenden institutionellen Reformen. Ich halte diese Punkte für durchaus wichtig. Die Festigung der globalen Zivilgesellschaft impliziert eine weltweite Solidarität. Sie setzt – im Sinne einer Entwicklung von unten – die Stärkung der lokalen (nicht chauvialen) Politik und Identität voraus. Wenn Partner/innen stark und gut abgestützt sind, erhöht sich die Wirksamkeit gemeinsamer Vereinbarungen. Damit regionale Initiativen ihr Potential mobilisieren können, müssen sie jede Bornierung nach dem St. Florians-Prinzip (Verschon mein Haus, zünd andere an) überwinden und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt sein (Kurz 1993, 129). Ein weltoffener Regionalismus verknüpft die lokale und globale Dimension.

4. Persönliche Freiheit

Freiheit und Solidarität scheinen konträre Prinzipien zu sein; sie erfordern sich aber gegenseitig. Die persönliche Freiheit setzt Solidarität voraus. Sie wächst in sozialen Bezügen heran. Ohne Freiheit kommt es zu Anpassung,

ohne Solidarität zu Isolation. Die harmonische Gemeinschaft ist keine Alternative. Sie zwingt zu Konformität.

Die sozialphilosophische Dogmengeschichte stellt das Individuum der Gemeinschaft und Gesellschaft gegenüber. Es scheint eine unabhängige Einheit zu sein, die über einen freien Willen verfügt und sich selbst Maßstäbe setzt. Das Individuum wird aber erst durch die Gesellschaft zu dem, was das soziale Wesen ausmacht. Die individualistische Selbstverantwortung geht davon aus, daß es prinzipiell allen möglich ist und zugemutet werden kann, für sich zu sorgen. Sie orientiert sich am Leitbild selbständiger Menschen. Diese nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände. Sie sind leistungsfähig und schätzen den Wettbewerb als Ansporn zu höheren Leistungen. Wo ein Wille vorhanden ist, ist aber nicht immer ein Weg. Menschen sind auf Unterstützung angewiesen.

Kommunitaristische Ansätze befassen sich mit dem Zusammenhang von Individualität und Solidarität. Die Kritik am extremen Liberalismus und dem sozial entpflichteten Individualismus fordert einen Gemeinsinn mit zivilgesellschaftlicher Bürger/innen-Tugend und eigenwilligen, aber sozial verknüpften Individuen. Heiner Keupp (1995) verwendet den Begriff „kommunitäre Individualität“. Die individuelle Lebensgestaltung verknüpft sich mit sozialer Verantwortung. Die persönliche Freiheit verwirklicht sich in einem kommunitären Netz, das Risiken mindert und so Freiräume ermöglicht. Die solidarische Gemeinschaft setzt die Überwindung alter Individualismuskonzepte voraus. Sie steht in dialektischem Verhältnis zur Entwicklung einer kooperativen Individualität.

Der anonyme Automatismus abstrakter Regeln berührt die Ich-Identität, von der es oft heißt, daß sie sich auflöse. Die Moderne scheint eine „eigene Sehnsucht nach Identität“ (Prokla 1994) hervorzubringen. Fundamentalistische Strömungen bieten „kollektive Identitäten“ an, die offenbar attraktiv sind, aber den Markt bei weitem nicht alleine beherrschen. Der Konsumismus droht die Vielfalt der Welt in marktfähige, universelle Verhaltensmuster einzuschmelzen. In diesem Planierungsprozeß schwindet die Idee vom sich selbst verwirklichenden Individuum. Sie weicht einer „Identität von oben“, die als verordnete, festgeschriebene Kollektividentität auftritt. Die Identität eines Gemeinwesens bezieht sich aber nur beschränkt auf formal politische Strukturen. Kulturelle Kriterien kommen hinzu. In einer entzau-

berten Welt sind kollektive Identitäten zerbrechlich. Der Druck ökonomischer Märkte macht es schwierig, ein gemeinsames Demokratieverständnis aufrechtzuerhalten. Ob es gelingt, hängt von der Bereitschaft ab, öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, in denen Fragen von Identität, Legitimation und Souveränität fortwährend gestellt werden. Ordnungskräfte können keine Gesellschaft auf Dauer zusammen halten. Mit der Komplexität nimmt allerdings die Verlockung zu, zu simplifizieren, statt zu differenzieren.

5. Widersprüche zulassen

Das unterschiedliche Verständnis von Identität spiegelt den gesellschaftlichen Wandel. Während den relativ stabilen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit hat der Entwicklungspsychologe Erik Erikson (1974/1953) beschrieben, wie sich Menschen durch freies Rollen-Experimentieren in einem gesellschaftlichen Bereich ihren Platz suchen können. Die Erwartungen waren einigermaßen klar. Die Identität hing davon ab, ob sich die Erwartungen erfüllen ließen. Es galt, Anspruch und Wirklichkeit möglichst zur Deckung zu bringen. Mitmenschen dienten als Vergleich, Altersgruppen und Berufsgruppen ebenso. Die Pluralisierung der Lebenslagen macht die Identitätsarbeit indes zu einem prekären Akt der Balance.

Zur Identität der pluralistischen Gesellschaft gehört nach Keupp (ebd.) das reflexiv-kommunitäre Ich, das sich vom proteischen wie vom fundamentalistischen Selbst unterscheidet. Zum proteischen gehört die stets fitte Person. Sie sucht keinen persönlichen Kern, legt sich nie fest, trainiert sich Fähigkeiten an (Corporate Fitneß), hält sich ans „Lean- und Body-Management“. Sie geht in die Breite, statt in die Tiefe. Zum Identitätsangebot des proteischen Selbst gehört auch die „Person mit multioptionalen Lebenschancen“. Sie geht davon aus, daß alles in ihrer Hand liegt, auch das Reich der Freiheit. Die Kehrseite derselben Münze bildet das sich selbst kontrollierende Subjekt. Es hat sich scheinbar von allen Zwängen und Ausreden befreit, übernimmt die Verantwortung für alles, propagiert die perfekte Welt – durch Selbstkontrolle. Das fundamentalistische Selbst setzt auf die ewigen Wahrheiten der menschlichen Existenz. Es paart sich mit dem nationalen Größenselbst. Das reflexiv-kommunitäre Selbst versteht sich in

quasi kommunitaristischem Sinn als Alternative zum liberalistischen. Es lehnt die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. Das autonome Subjekt setzt die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog voraus.

Wir leben laut Ulrich Beck im „Zeitalter des *und*“, was heißt: der Ambivalenz. Neue Identitäten orientieren sich am Muster der „global manager“. Bürger/innen müssen heute in übernationalen Kategorien denken. Identität ist nicht als abschließbares Projekt zu betreiben. Sie wird, teilweise von Standardisierung überlagert, zu einem Suchhabitus, der nie endet. Der Verlust an Eindeutigkeit erhöht die Ambivalenz. Selbst siegreiche Institutionen wie die NATO sind in ihrem historischen Selbstverständnis erschüttert. Die Lage scheint so offen zu sein wie nie zuvor. Diese Situation erzeugt aber auch ein Vakuum, aus dem verschiedene Optionen entstehen. Die einen schätzen die Herausforderung. Sie freuen sich über neue Möglichkeiten der Entscheidung. Andere fühlen sich überfordert.

Die erwähnten universellen Verhaltensmuster schränken die Vielfalt ein. Gleichwohl läßt sich eine Pluralisierung der Lebensstile feststellen. Vielleicht gerät die unausweichliche Vielfalt zum heilsamen Stolperstein für jene, die unter den neuen Bedingungen die alte deckungsgleiche Identität suchen oder der Versuchung erliegen, möglichst vielen fremden Erwartungen gerecht zu werden, was zu einem großen Streß führt. Die Pluralität beinhaltet meines Erachtens die Chance, daß sich ein Selbstverständnis verbreitet, das Differenzen respektiert. Die ambivalente Identität läßt Widersprüche zu, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Die Akzeptanz einer Differenz, die nicht auf Spaltung angelegt ist, dynamisiert Prozesse der Entwicklung. Sie kann gefährlich-ausgrenzende Homogenisierungen verhindern, die Identität als etwas verstehen, das sich von oben und für alle verordnen läßt. Ich plädiere dafür, deutlich Abstand zu deckungsgleichen Identitätskonzepten zu halten. Sie verkennen, daß Identität gerade dort zustande kommt, wo Widersprüche zugelassen sind.

6. Schluß

Zum Schluß schließt sich der Kreis. In Ex-Jugoslawien ist Krieg. Viele Menschen leiden. Wir konsumieren die Bilder. Die Medien zeigen uns Tag

für Tag die Bombardierungen und Flüchtlingsströme. Der erwähnte Chauffeur büßt für seine Solidarität. Er sitzt im Gefängnis. Bloß moralische Schelte erhielt die derzeitige Schweizer Bundespräsidentin für ihre symbolische Solidarität. Sie flog ins Krisengebiet und brachte zwanzig Flüchtlinge mit in die heile Schweiz. Die Geste zeugt von einer Ohnmacht, die uns allen zu schaffen macht und sich gut an andern kritisieren läßt. Doch was tun wir? Wo ist unsere Solidarität? Einzelne von uns setzen sich gegen die Rückschaffung von Asylsuchenden ein. Einzelne demonstrieren jeweils am Mittwochabend auf dem Basler Münsterplatz gegen die Bomben der NATO und gegen die so genannten „Säuberungen“ von Milosevic. Alle drängen wohl darauf, die Anstrengungen für eine politische Konfliktlösung zu intensivieren. Viele fordern, die UNO zu stärken, das Vetorecht der Großmächte abzuschaffen und den Beitritt der Schweiz zu verwirklichen. Letztlich bleibt aber die Ohnmacht – und die Frage der Solidarität.

Wenn wir unsere Verunsicherung eingestehen, laufen wir weniger Gefahr, zu resignieren oder nach vorn zu flüchten. Wenn wir unsere Ohnmacht ausdrücken, finden wir eher zu gezielter Handlungsfähigkeit zurück. Der Rückzug von einer Welt, die Angst macht, ändert ebenso wenig an ihr wie deren offensive Verklärung. Wenn sich die Moderne rückwärts bewegt, muß die Solidarität nicht Schritt halten. Daß viele, was den Krieg in Ex-Jugoslawien betrifft, schlicht wortlos sind, drückt auch die Suche nach einer Solidarität aus, die alte Schwarz-Weiß-Muster überwindet.

Literatur

- Altwater E (1995) „Sozialpolitik im ‚globalen‘ Dorf“. In: Hengsbach F et al., *Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise*. Fischer Frankfurt, 173-190
- Barber B (1996) *Coca Cola und Heiliger Krieg*. Scherz Bern
- Beck U (1997) *Kinder der Freiheit*. Suhrkamp Frankfurt
- Dahrendorf R (1998) *Anmerkungen zur Globalisierung*. In: Beck U (1998) *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Suhrkamp Frankfurt, 41-55
- Erikson E (1974/1953) *Dimensionen einer neuen Identität*. Suhrkamp Frankfurt
- Etzioni A (1995) *Die Entdeckung des Gemeinwesens*. Schäffer-Poeschel Stuttgart
- Giddens A (1997) *Jenseits von Links und Rechts*. Suhrkamp Frankfurt

- Gruppe von Lissabon (1997) Grenzen des Wettbewerbs. Luchterhand München
Keupp H (1995) Der Mensch als soziales Wesen. Piper München
Kurz R (1993) Der Letzte macht das Licht aus. Tiamat Berlin
Mäder U (1999) Für eine solidarische Gesellschaft. Rotpunktverlag Zürich
Misik R (1997) Mythos Weltmarkt. ATV Berlin
Prokla (1994), Fundamentalismus und neue Religiosität. 24. Jg. Nr. 96, Westfälischer DV
Münster
Rödel U (1990) Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Suhrkamp Frankfurt
Senft J (1990) Im Prinzip von unten. Lang Frankfurt
UNDP (1997) Bericht über die menschliche Entwicklung. UNO Bonn
Wiegand R (1986) Gemeinschaft gegen Gesellschaft. Fischer Frankfurt